



April 2002

AMS
A&S

Anschauung & Sinnlichkeit
Infoblatt der AMS Hamburg

Der Senat
kann einpacken!
DEMONSTRATION
Di., 16.4., 16.30 Uhr,
Moorweide

Zulassungs- beschränkungen angreifen!

Es sind mehr gekommen, als sollten. Jetzt sollen welche gehen. Schon erlebt? Vermutlich ja. Was tun in einer solchen Situation?

Die konkrete Situation scheint schwer lösbar. Die Lehrenden stehen vor dem Problem, daß sie ihren Stoff verantwortlich nur einer bestimmten Zahl an Studierenden vermitteln können. Die oft gewählte und häufig bereits präventiv eingesetzte Methode der begrenzten Teilnahme schafft hierbei gegenüber den Studierenden keine Gerechtigkeit, gleichwohl sie diese gleichem Recht unterwerfen mag.

Denn sie sortiert, wer schon in diesem Semester die notwendige Leistung erbringen darf und wer dies in späteren Semestern tun muß.

Eine solche Situation bringt die Studierenden zueinander in Konkurrenz (um die Erfüllung der für die jeweilige Zulassung gültigen Regel), sie befördert den individuellen Drang, vom zu kleinen Kuchen das richtige Stück heraus zu schneiden.

Die Lösung kann deshalb nicht in der formal-rechtlichen Gleichbehandlung gegenüber festgesetzten Zulassungskriterien bestehen, sondern muß im Recht aller auf den Besuch aller Lehrveranstaltungen bestehen. Doch derzeit können Kommilitoninnen und Kommilitonen oft nicht einmal die im Lehrplan zwingend vorgeschriebenen Seminare belegen. Aus diesem Grund bringt es auch nicht wirklich etwas, wenn Kommilitoninnen freiwillig das Seminar verlassen. Effektive Abhilfe kann in solchen Situationen nur in der kollektiven Durchsetzung eines Alternativangebotes bestehen – gleichwohl sich dies mit dem Lehrinteresse der DozentInnen wie dem eigenen Lernwillen zunächst im Widerspruch befinden mag.



Ein Nachsatz: Zulassungsbeschränkungen sind im Großen wie im Kleinen anzugreifen, und es ist leichter, welche im Vorfeld zu verhindern, als aus dem Seminar heraus.

Weil Handelskammer es so wollte: 8 Schulen dicht!

Um Auszubildende in die gewerbliche Ausbildung zu drängen, hat der neue Senat schon in diesem Sommer fünf Fachoberschulen und drei Berufsfachschulen geschlossen. Zur Streichliste gehören dabei die Bereiche Sozialpädagogik und Gestaltung, die damit komplett abgeschafft werden. Die bereits an-

genommenen rund 1000 SchülerInnen sollen sich jetzt eine betriebliche Ausbildung suchen. In gewisser Weise gilt dies auch für das Lehrpersonal und diejenigen, die hierfür ausgebildet wurden bzw. gerade dabei sind.



Schwemme & Verstopfung

Die Situation im PI beginnt auch in anderen Fachbereichen der Uni Wellen zu schlagen. Das soll und muß auch so sein, schließlich wirkt sich diese auch auf die ganze Uni aus. Zum Beispiel die generelle TeilnehmerInnenbegrenzung in PI-Seminaren kann ganz schnell an weiteren Fachbereichen Usus werden (wie jetzt schon in der Germanistik!). Gut ist es also, wenn auch andere Studis anfangen, in Aktion zu treten. Dabei muß aber bitte auf die Argumentationsführung geachtet werden.

So ruft etwa der FSR Politologie zu Protesten auf mit der Begründung, der Fachbereich hätte "unter der Lehramtsstudentenschwemme zu leiden" und die LehramtlerInnen würden "die Prominare verstopfen".

Nein, so stimmt das nicht! LehramtsstudentInnen "verstopfen" keine Seminare, sondern belegen diese, nämlich weil sie dort etwas lernen wollen. Was auch ihr gutes Recht ist, abgesehen davon, daß zukünftige LehrerInnen ohne entsprechende fachliche Kompetenz wenig Sinn machen. Betreffende FSRLerInnen sollten überdies bedenken, daß sie vielleicht selbst auch NebenfächlerIn in dem einen oder anderen Fachbereich sind.....

Protest jedenfalls darf nicht heißen, daß der eine FSR den anderen, der eine

Fachbereich den nächsten ausspielt und eine Dichtmachmentalität mit neuem Wir-Gefühl ("Das ist UNSER Institut, dort haben Studis von anderen Fachbereichen nichts zu suchen, das Boot ist voll...") um sich greift.

Erfolg dieser Art von Argumentation ist, daß sich Uni-Präsident Lühje die Hände reibt und Wissenschaftssenator Dräger gleich dazu.

Logisch weitergedacht, führt sonst der Streit jeder gegen jeden um die besten (oder letzten) Bröckchen dazu, daß es nicht nur heißt, "unser Fachbereich soll bekommen und nicht der andere", sondern etwa "die Uni und nicht die HWP, die Hochschulen und nicht die Schulen, das Bildungswesen und nicht die Krankenhäuser" und so weiter und so fort. Dann wären auch gleich Sozialsenatorin Schlieber-Jastram und der Finanzsenator am fröhlichen Händereiben beteiligt.

Für alle jedenfalls, die etwas weiter blicken und denken:

Kommt zur Demo
von ver.di und Sozialpolitischer Opposition (SoPo) gegen Sozialkürzungen
am 16.4., 16.30 Uhr,
Moorweide

Wohnungsnot unter Studis spitzt sich zu 21.000 Wohnheimplätze fehlen!

Unmittelbar vor Beginn des Sommersemesters hat sich die Wohnungsnot unter den Studierenden erneut zugespitzt. Das berichtet die Tageszeitung "junge Welt" unter Berufung auf die stellvertretende Generalsekretärin des Deutschen Studentenwerkes, Andrea Hoops. Ihren Angaben zufolge würden mindestens 21.000 neue Wohnheimplätze dringend benötigt, teilweise müßten bereits Notunterkünfte wie Container für StudienanfängerInnen herhalten.

Assoziation Marxistischer Studentinnen - Gruppe Hamburg
Lindentallee 72, 20259 Hamburg
Fax 480 42 19
eMail: ams-hamburg@marxisten.de
Homepage:
www.marxisten.de/ams-hamburg/

Terminverschiebung!
Wegen der Demo am 16.4. (16.30 Uhr, Moorweide) muß das AMS-Treffen (eigentlich um 17 Uhr) ausfallen. Ihr findet uns auf der Demo bei den AMS-Fahnen!

1. Mai - Internationaler Kampf- und Feiertag der ArbeiterInnenklasse
Demonstration
10 Uhr, Feldstraße
Treff für Biker: 10 Uhr, Heiligengeistfeld

Sa., 11. Mai, 11 Uhr, Essen,
Willy-Brandt-Platz / Hbf.

11. Mai 2002 - Auf nach Essen: Gegen Krieg und Demokratieabbau
Demonstration und Kundgebung am 50. Jahrestag der Ermordung von Philipp Müller - Erschossen im Kampf gegen die Remilitarisierung. Aus Hamburg fahren Busse! Weitere Infos und Busfahrkarten (für 20 Euro) gibt es bei der AMS Hamburg, Lindentallee 72, 20259 Hamburg
Mehr Infos:
www.11mai.placerouge.org



Des Rätsels Lösung!

Wer sich schon immer gefragt hat, wofür das Kürzel GHG, welches verstärkt zu Uni-Wahlkampfzeiten erscheint und sonst frei von guter Kritik ist, eigentlich steht, weiß jetzt bescheid.

PersonalService



GHG

Gesellschaft für Haus- und Grundstückspflege mbH

MSD

Auf dem Weg zur HRG-Novelle

Mit der 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) soll ein Gesetz verabschiedet werden, das nicht mal mehr den kostenfreien Abschluss des Erststudiums ermöglicht und das die Einführung von Bildungsgutscheinen und Studienkonten erlaubt. Die von den Regierenden vorgesehene Terminplanung sieht wie folgt aus:

24.04. Abschließende Ausschussberatung

26.04. Abschließende Beratung im Bundestags-Plenum

31.05. Beratung im Bundesrat

Paß auf, sie wollen an **DEIN** Geld!



W.I. Lenin
Narodnik, 1902

„Ich dachte, ich würde alles besitzen:
Medizinstudium, eine liebe Freundin und
ein Motorrad. Trotzdem fehlte etwas.“

Dieses Buch gibt Kraft zum Leben.
Haben Sie schon Ihr Exemplar?



Aus den Sofortforderungen der AMS

im Wahljahr 2002

(Beschlissen vom AMS-Bundestreffen, 6./7. April 2002)

Der Bundestag wird gewählt. Und auf einmal sind auch die Studierenden wieder interessant, denn auch studentische Stimmen sind Wählerstimmen. Die PolitikerInnen aller Parteien überbieten sich in Versprechungen und wohlklingenden Phrasen. Die Zukunft der Hochschulen sichern, um der Zukunft des Standortes Deutschland willen.

Wir kennen dieses Spiel von allen vorangegangenen Wahlen. Wir haben nicht vergessen, wie SPD und Grüne 1998 mit dem Versprechen eines Verbotes von Studiengebühren um die Stimmen der Studierenden warben. Und wir haben nicht vergessen, wie schnell sie dieses Versprechen nach der Wahl über Bord gekippt haben.

Wir können uns bei keiner der diesmal zum Bundestag kandidierenden Parteien darauf verlassen, daß sie nach den Wahlen unsere Interessen konsequent und dauerhaft vertritt. Auf uns selbst kommt es an, auf unseren Einsatz, unsere Aktionen, unsere Demonstrationen. Wir werden nichts erreichen, wenn wir es uns nicht selbst erkämpfen. (...)

Bildung für alle – statt für die Konzerne!

Die staatliche Finanzierung der Bildungseinrichtungen – angefangen bei den Kindergärten und nicht aufgehört bei den Hochschulen – wird immer weiter eingeschränkt. In die Lücke springen Konzerne, Immobilienhaie und andere „Wohltäter“, die sich in die Gunst der Hochschulen einkaufen. Das Hochschulsponsoring und die immer weiter um sich Anschauung & Sinnlichkeit - April 2002

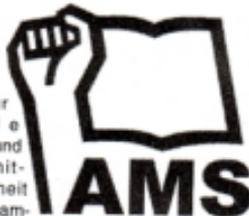
greifende Privatisierung von Aufgaben des öffentlichen Bildungswesens unterwirft die Bildung noch unmittelbarer den Profitinteressen des Kapitals. Eine an der Lösung der drängenden Probleme unserer Zeit, am Hinterfragen der gesellschaftlichen Zustände und an der Entwicklung von Alternativen orientierte Forschung und Bildung wird so unmöglich. Wir setzen uns deshalb ein

- ★ für die volle öffentliche Finanzierung des gesamten Bildungswesens
- ★ für das Verbot von Sponsoring und Privatisierung
- ★ für die Einführung einer Bildungsabgabe der Konzerne, die unter gesellschaftlicher Kontrolle direkt dem Bildungswesen zugute kommt.

Gemeinsam gegen Studiengebühren!

Die Mehrheit der Studierenden ist gezwungen, neben dem Studium zu Jobben, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Nur eine Minderheit bekommt eine Förderung nach dem BAföG, aber auch die reicht nicht zum Leben aus. In der Folge sinkt der Anteil von Studierenden aus ärmeren Familien weiter. Hochschulbildung wird wieder zu einem Privileg der Reichen. Diese Entwicklung wird durch die bundesweit Land für Land durchgesetzte Einführung von Studiengebühren weiter verschärft, egal, welches Modell dabei angewandt wird. Wir setzen uns deshalb ein

- ★ für ein gesetzliches Verbot aller Arten von Studiengebühren und sonstiger Abgaben
- ★ für eine elternunabhängige, bedarfsdeckende Studienfinanzierung für alle



★ für volle Lehr- und Lernmittelfreiheit im gesamten Bildungswesen (...)

Demokratisierung der Hochschulen!

Zunehmend werden die ohnehin unzureichenden demokratischen Mitbestimmungsrechte der Studierenden eingeschränkt. Professoren und Universitätsleitungen sollen immer mehr Kompetenzen bekommen, Privatisierungen und Umwandlungen von Hochschulen in Stiftungen oder private Körperschaften tun ein übriges. Die demokratische Selbstorganisation der Hochschulen durch die gleichberechtigte Mitwirkung aller ihrer Angehörigen ist aber eine Grundvoraussetzung für eine demokratische Hochschule insgesamt. Eine undemokratische Verfaßtheit der Hochschulen führt auch zu einer undemokratischen Ausrichtung der Lehrinhalte. Dazu gehört auch die Kriminalisierung politischer Stellungnahmen der Studierendenvertretungen.

Wir setzen uns deshalb ein

- ★ für die paritätische Mitbestimmung auf allen Hochschulebenen
- ★ für starke verfaßte Studierenden-schaften in allen Bundesländern
- ★ gegen die Kriminalisierung aktiver studentischer Interessenvertretung durch das Verbot des „allgemeinpolitischen Mandats“
(Die vollständigen Sofortforderungen gibt es auf www.marxisten.de)

Studierendenstreik – ein hohler Zahn?

Auf den ersten Blick ganz bestimmt. Die Diskussion um die MetallarbeiterInnen zeigt, daß ein Streik eine fürchterliche Drohung sein kann. Nur geht es dort um real zu produzierende Werte.

Und womit drohen die Studis? Mit der Vernachlässigung unserer Ausbildung - um deretwillen wir doch streiken. Klingt nicht sehr effektiv und ist dazu mit dem persönlichen Risiko verbunden, ein wertvolles Semester zu verlieren.

Wenn wir nicht gerade irgendwelche Drittmittelforschung lahmlegen, ist unser ökonomisches Drohkapital als Studierende praktisch gleich Null und die öffentlich erzielte Wirkung meist lächerlich. Warum also sollten wir trotzdem auch den Streik als mögliches Mittel berücksichtigen?

Durch einen Streik, also durch den Boykott des Besuchs von Seminaren und Vorlesungen, schaffen wir uns den Raum und die Zeit, um kollektiv zu handeln und



unsere Erfahrungen endlich einmal frei vom Druck der Jagd nach Scheinenaus-tauschen. Der Streik eröffnet die Möglichkeit, politische Initiativen zusammen mit vielen, vielen anderen Mit-studierenden zu entwickeln. Und nicht zuletzt gewinnen wir durch den Streik gerade auch die Zeit für Aktionen und Aktivitäten, mit denen wir die außer-universitäre Öffentlichkeit auf unsere Probleme aufmerksam machen können.

Der Funke fliegt...

Ein Seminar. Wieder sind viel zu viele Studierende gekommen. Der Dozent will durch Losentscheid diejenigen auswählen, die bleiben dürfen. Alle anderen sollen im nächsten Semester wiederkommen. Doch diesmal protestieren die Studierende empört und nehmen die Sache selbst in die Hand. Die Uni streikt.

Und der Funke springt über. Die Nachbaruni schließt sich nach wenigen Tagen an. Der Streik springt auf eine Hochschule nach der anderen. Und plötzlich ist der Streik bundesweit.

Zehntausende demonstrieren in der Bundeshauptstadt, halten PolitikerInnen und Medien auf Trab.

Spinnerleien? Nein. So begann vor fünf Jahren der bundesweite Streik der Studierenden. 1997 war es nur ein Funke, der eine Bewegung auslöste, mit der niemand gerechnet hatte.

Und heute?

Studis in Bewegung - international

Türkei/Kurdistan: Bereits über 2.000 Studierende und SchülerInnen sind in Haft genommen worden, weil sie sich an einer Kampagne für kurdische Sprache als Wahlpflichtfach an Schulen und Universitäten ausgesprochen haben. Scheint so, daß es mit demokratischen Rechten in der Türkei doch nicht so weit ist. Die AMS unterstützt die in der Bundesrepublik vom Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YKK) getragene Kampagne nach Kräften. (Indymedia/Nuce)

Spanischer Staat: Ebenfalls die Repressionskeule schwingt die spanische Regierung, nachdem eine breite Bewegung (Unistreiks, teilweise von Profs unterstützt, Demos mit hundertausenden TeilnehmerInnen) gegen das Universitätsreformgesetz LOU entstanden war, versuchen die Repressionsorgane Teile der Bewegung als terroristisch zu kriminalisieren. So wurden 16 Studierende in Sevilla Anfang Februar unter Bezugnahme auf das Antiterrorgesetz bis zu 72 Stunden inhaftiert und exmatrikuliert. (Indymedia/AMS)

Kanada: Am 13.03. besetzten ca. 100 Studierende das Büro der Universitätsrektorin der University of British Columbia (UBC, Region um Vancouver). Hiermit wurde gegen die drohenden Erhöhungen von Studiengebühren durch Unileitung (mit Unterstützung der liberalen Provinzregierung) protestiert. So sollen die Gebühren für normale Studis in den nächsten Jahren um 65% erhöht werden. Bei Graduiertenstudiengängen beispielsweise in Medizin und Zahnmedizin sind Erhöhungen von bis zu 500% geplant. Auch in anderen Teilen Kanadas häufen sich die Proteste gegen Kürzungen und Angriffe seitens Behörden und Unileitungen. (sfb-list)

USA: Nach dem Beginn der Angriffe gegen Afghanistan bildeten sich an verschiedenen Universitäten Antikriegsbündnisse, welche sich auch zu mehreren regionalen Koordinationen vernetzten. Neben der Arbeit gegen den Krieg spielt vor allem die Abwehr rassistischer Angriffe gegen Studierende aus dem Nahen Osten und Südasien eine wichtige Rolle. Dem Staat, vielen Unileitungen



und rechten Verbänden sind derartige Aktivitäten natürlich ein Dorn im Auge, studentische Antikriegsaktivitäten sind mit mannigfaltigen Hindernissen konfrontiert. (Youth for Socialist Action)

Burkina Faso: Um die Jahreswende kam es in dem westafrikanischen Staat erneut zu Studiprottesten. Protestiert wurde gegen die Bestrebung der Regierung die Studierendenzahlen zu begrenzen und die Hochschulen zu entdemokratisieren. Die Regierung setzte dabei Tränengas ein und inhaftierte zahlreiche StudentInnen. Der Studierverband ANEB beschloß daraufhin, unbefristet für die Freilassung der gefangenen KomilitonInnen zu streiken. Studierende spielen auch eine wichtige Rolle in den Kämpfen gegen das autoritäre Regime des Präsidenten Compaoré. (Jungle World)

Anschauung & Sinnlichkeit - April 2002